

**Rede
der Sprecherin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung**

Claudia Schüßler, MdL

zu TOP Nr. 6

Abschließende Beratung

**a) Notaufnahmen und Rettungsdienste entlasten –
Notfallpatientinnen und Notfallpatienten in die
richtige Versorgungsstufe steuern!**

Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 19/528

**b) Im Notfall richtig versorgt - Notfallversorgung in
Niedersachsen nachhaltig entlasten und
neuausrichten!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen – Drs. 19/1597

während der Plenarsitzung vom 11.10.2023
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, dass wir heute abschließend über diesen inhaltlich wichtigen Entschließungsantrag beraten.

Es wurde hier schon häufig gesagt, aber ich will es trotzdem auch noch einmal sagen, weil es so gar nicht selbstverständlich ist: Wir haben in Niedersachsen mit den Ergebnissen der Enquetekommission zur medizinischen Versorgung schon sehr viele Themen nachhaltig und zukunftsorientiert besetzt. Und das Thema Notfallversorgung stand in dieser Enquete ganz früh im Fokus.

Und das ergibt sich ganz einfach aus der Wichtigkeit, oder auch aus der Dringlichkeit des Themas. Denn es ist einfach eine Tatsache, dass der Versorgungsbedarf in der Notfallversorgung in den vergangenen Jahren sehr stark zugenommen hat, und ein Ende dieser Entwicklung ist im Moment nicht abzusehen. Und natürlich ist die Notfallversorgung auch ein Thema, auf das wir auch im persönlichen Umfeld immer wieder angesprochen werden, eben, weil Menschen immer wieder auf Probleme in der Akut- oder Notfallversorgung aus eigenem Erleben aufmerksam werden.

Wir begrüßen mit diesem Entschließungsantrag daher ganz ausdrücklich, dass bereits einige Handlungsempfehlungen aus der Enquete von der Landesregierung zeitnah umgesetzt wurden, wie die flächendeckende Einführung von IVENA – einer Technologie, mittels derer es möglich ist in Echtzeit zu erkennen, in welchem Krankenhaus zum aktuellen Zeitpunkt für eine erkrankte Person die besten Behandlungsoptionen bestehen. Und es ist gut, dass die Landesregierung eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen an der Notfallversorgung beteiligten Akteurinnen und Akteuren pflegt. Denn diese gute Zusammenarbeit ist zwingend notwendig, um ein so komplexes und vielschichtiges System zum besseren, zu mehr Effizienz umzubauen. Die Menschen in Niedersachsen haben eine klare Erwartung an uns, dieses Problem zu lösen, weil sie im Ernstfall auf eine gute verlässliche Versorgung angewiesen sind. Und daran wollen wir auch in Zukunft mit aller Kraft arbeiten.

Dieser Entschließungsantrag will daher den Fokus auf das Thema lenken und ist eine klare Erklärung der regierungstragenden Fraktionen, in welche Richtung gearbeitet werden muss.

Und ich nenne hier gerne einige Punkte aus unserem Antrag, um zu verdeutlichen was noch zu tun ist.

Wir brauchen und wollen eine engere Verzahnung der Rettungsleitstellen. Die vorhandenen Kapazitäten müssen weiter gebündelt werden und dort, wo es bereits einen Zusammenschluss von Rettungsleitstellen gibt, müssen diese weiter

unterstützt werden, mit dem Ziel, in Niedersachsen einen einheitlich strukturierten Notrufabfrage- bzw. Dispositionsprozess zu errichten. Wichtig ist in diesem Zusammenhang eine gute Qualifizierung der Disponentinnen und Disponenten – also der Menschen, die eine erste Einschätzung leisten müssen, ein ungeheuer verantwortlicher Teil der Notfallversorgung.

Immer dann, wenn ein Hilfeersuchen eingeht, muss es den Mitarbeitenden möglich sein, dieses ohne Zeitverluste, ohne Komplikationen an die richtige Stelle zu leiten, sei dies ein Notfallkrankenwagen, also die Behandlung in der Notaufnahme, oder aber eine Behandlung durch den ärztlichen Bereitschaftsdienst.

Es braucht aber mehr, auch um eine hohe qualitative Einschätzung zu gewährleisten – nämlich eine Einheitlichkeit der Notrufabfrageprozesse in allen Rettungsleitstellen und aufeinander abgestimmte Ersteinschätzungskriterien für die Zuordnung von Notfällen.

Und weiter braucht es auch die Zusammenführung der Notrufnummern 112 und 116 117 insoweit, dass auch dort ein Austausch oder ein Rückgriff auf die erforderlichen Daten ermöglicht wird, damit einem Hilfeersuchen bestmöglich nachgekommen werden kann.

Perspektivisch ist es unser Ziel, die Rettungsleitstellen zu sogenannten Gesundheitsleitstellen auszubauen, die dann eine umfassende Einordnung des Falles vornehmen können. Dazu müssen aber auch andere Instrumente wie das Modellprojekt „Videosprechstunde im ärztlichen Bereitschaftsdienst“ aus unserer festen Überzeugung weiter unterstützt werden, was wir mit diesem Entschließungsantrag gerne tun.

Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang die enge Verzahnung aller Akteure. Wir sehen die Notwendigkeit der Bildung eines Gemeinsamen Landesgremiums, wie dies in § 90a des fünften Buchs des Sozialgesetzbuchs vorgesehen ist. Gerade, wenn es um die sektorenübergreifende Notfallversorgung geht, kann dieses Gremium wichtige Impulse geben und den Reformprozess konstruktiv begleiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

trotz der vor uns liegenden Aufgaben: Wir haben im Land unsere Hausaufgaben gemacht und denken in vielen Bereichen vor. Aber nicht alle Aufgaben können wir als Bundesland lösen, das gehört auch zur Wahrheit. Teile der Probleme können aufgrund der gesetzgeberischen Verantwortung nur auf Bundesebene gelöst werden. Umso wichtiger ist es, wenn wir – gerade auch mit diesem Entschließungsantrag – unserem Gesundheitsminister Dr. Philippi den Rücken

stärken, um auf Bundesebene auf entsprechende Änderungen hinzuwirken. Er kann bei seinen Verhandlungen in Berlin auf unsere Haltung und unsere klare Erwartung verweisen und ich gehe davon aus, dass er dies auch gerne mitnimmt nach Berlin.

Ganz kurz am Schluss: Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, ich hätte es sehr schön gefunden, wenn wir heute hier einen gemeinsamen Entschließungsantrag hätten verabschieden können, weil wir inhaltlich schon sehr weit beieinander sind und waren. Es ist aber auch in den Beratungen deutlich geworden, dass wir im Grundsatz in eine Richtung gehen.